

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Omid Nouripour, Kai Gehring, Margarete Bause, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/10634 –**

Nicaragua – Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen verurteilen, Friedensbemühungen unterstützen

A. Problem

Mit Bezug auf die Proteste großer Teile der Bevölkerung in Nicaragua gegen die Regierung des Präsidenten Daniel Ortega seit April 2018 fordert die den Antrag stellende Fraktion die Bundesregierung u. a. auf: 1. öffentlich die Unterdrückung der friedlichen Proteste in Nicaragua zu verurteilen und sich gemeinsam mit den europäischen und lateinamerikanischen Partnern stärker für ein sofortiges Ende der Gewalt einzusetzen; 2. die Forderung nach vorgezogenen Neuwahlen zu unterstützen; 3. sich für faire rechtsstaatliche Verfahren für alle politischen Gefangenen in Nicaragua bzw. für eine rasche Freilassung unrechtmäßig Inhaftierter und politischer Gefangener einzusetzen; 4. über das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) Mittel für den Schutz und die Versorgung der Geflüchteten in den Nachbarländern zur Verfügung zu stellen; 5. im Rahmen der EU, gezielte und individuelle Visa- und Vermögenssperren von führenden Regierungsvertreterinnen und -vertretern und Einzelpersonen, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, auszusprechen; 6. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die Demokratieklausele des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Zentralamerika, zu dessen Unterzeichnerstaaten auch Nicaragua zählt, ausgelöst und somit die Beteiligung Nicaraguas an dem Abkommen so lange ausgesetzt wird, bis rechtsstaatliche Verhältnisse wiederhergestellt sind; 7. sicherzustellen, dass die deutsche Botschaft dem Kontakt mit zivilgesellschaftlichen Organisationen hohe Priorität einräumt und insbesondere die Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger in regelmäßigen Abständen persönlich trifft.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/10634 abzulehnen.

Berlin, den 6. November 2019

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Gisela Manderla
Berichterstatterin

Dr. Barbara Hendricks
Berichterstatterin

Dr. Lothar Maier
Berichterstatter

Ulrich Lechte
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Gisela Manderla, Dr. Barbara Hendricks, Dr. Lothar Maier, Ulrich Lechte, Heike Hänsel und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/10634** in seiner 104. Sitzung am 6. Juni 2019 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit Bezug auf die Proteste großer Teile der Bevölkerung in Nicaragua gegen die Regierung des Präsidenten Daniel Ortega seit April 2018 fordert die den Antrag stellende Fraktion die Bundesregierung u. a. auf: 1. öffentlich die Unterdrückung der friedlichen Proteste in Nicaragua zu verurteilen und sich gemeinsam mit den europäischen und lateinamerikanischen Partnern stärker für ein sofortiges Ende der Gewalt einzusetzen; 2. die Forderung nach vorgezogenen Neuwahlen zu unterstützen; 3. sich für faire rechtsstaatliche Verfahren für alle politischen Gefangenen in Nicaragua bzw. für eine rasche Freilassung unrechtmäßig Inhaftierter und politischer Gefangener einzusetzen; 4. über das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) Mittel für den Schutz und die Versorgung der Geflüchteten in den Nachbarländern zur Verfügung zu stellen; 5. im Rahmen der EU, gezielte und individuelle Visa- und Vermögenssperren von führenden Regierungsvertreterinnen und -vertretern und Einzelpersonen, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, auszusprechen; 6. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die Demokratieklausele des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Zentralamerika, zu dessen Unterzeichnerstaaten auch Nicaragua zählt, ausgelöst und somit die Beteiligung Nicaraguas an dem Abkommen so lange ausgesetzt wird, bis rechtsstaatliche Verhältnisse wiederhergestellt sind; 7. sicherzustellen, dass die deutsche Botschaft dem Kontakt mit zivilgesellschaftlichen Organisationen hohe Priorität einräumt und insbesondere die Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger in regelmäßigen Abständen persönlich trifft.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 19/10634 in seiner 42. Sitzung am 6. November 2019 beraten und empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 19/10634 in seiner 40. Sitzung am 6. November 2019 beraten und empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Auswärtige Ausschuss hat die Vorlage in seiner 41. Sitzung am 6. November 2019 beraten und empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 6. November 2019

Gisela Manderla
Berichterstatlerin

Dr. Barbara Hendricks
Berichterstatlerin

Dr. Lothar Maier
Berichterstatler

Ulrich Lechte
Berichterstatler

Heike Hänsel
Berichterstatlerin

Omid Nouripour
Berichterstatler

